

DIESE GRÜNEN!



TÖDLICHES „RESTRISIKO“

■ DER KAMPF GEGEN DIE ATOMKRAFT MUSS WEITERGEHEN – IN DEUTSCHLAND UND IN WUPPERTAL



Mahnwachen und Demonstrationen gegen Atomkraft Foto: Privat
Am 14.03. und am 21.03.2011 demonstrierten mehr als 500 WuppertalerInnen, darunter viele GRÜNE, in der Elberfelder City für den Atomausstieg in Deutschland. Kaum jemand glaubt, dass die Bundesregierung ernsthaft über die nächsten Landtagswahlen hinaus über ein Ende der Laufzeitverlängerung für AKWs nachdenkt.

Mit großer Bestürzung verfolgen wir die Ereignisse in Japan. Das Erdbeben und die Flutwelle des Tsunami haben große Zerstörung und Not hinterlassen. Wir trauern mit den Angehörigen der Toten. Wir fühlen mit den Verletzten und mit denen, die alles verloren haben. Und wir bangen, dass die Reaktorkatastrophe in Fukushima nicht unsere Alpträume einer großflächigen Verstrahlung wahr werden lässt. Nicht so etwas und schon gar nicht in Japan, das schon einmal die Folgen atomaren Wahnsinns in Hiroshima und Nagasaki zu tragen hatte!

Die Sorge vor einem atomaren Unglück ist der ursprünglichste Antrieb für das politische Engagement fast aller GRÜNEN. Wo wir auch herkommen, aus der Friedens- oder der Frauenbewegung, aus den Menschenrechts-, Entwicklungs- oder den Umweltorganisationen – uns alle eint die Überzeugung, dass die Atomenergie eine zutiefst menschenfeindliche Technik ist und dass keine noch so verlockenden Träume unbegrenzter Energieversorgung ihre Nutzung rechtfertigen kann. Wir waren und sind davon überzeugt, dass diese Technologie nicht beherrschbar ist und deshalb niemals hätte eingesetzt werden dürfen!

Was ist jetzt zu tun?

Was die Ereignisse in Japan betrifft, so können wir nur hoffen, dass die Welt noch einmal wie in Harrisburg an einer atomaren Katastrophe vorbeischnappt. Und wir können spenden für die Opfer des Erdbebens, des Tsunamis und der radioaktiven Strahlung.

In Deutschland muss ein für alle Mal klar sein, dass diese Risikotechnologie so bald wie möglich beendet wird. Das von der Bundesregierung jetzt auf zweifelhafter rechtlicher Grundlage erklärte „Moratorium“ der Laufzeitverlängerung ist bisher nur Augen-

wischerei, eine Notmaßnahme, um bis zur Sommerpause einigermaßen über die Landtagswahlen zu kommen. Davon dürfen wir uns nicht irremachen lassen und dürfen nicht lockerlassen! Die jetzt vorläufig abgeschalteten älteren Reaktoren müssen für immer stillgelegt werden. Die schnell erfolgte Abschaltung beweist, dass wir sie nicht brauchen. Deutschland ist gewaltiger Stromexporteur – schon im Jahr 2007 waren zeitweilig sieben Atomkraftwerke aus verschiedenen Gründen abgeschaltet, ohne dass es zu Engpässen bei der Stromversorgung kam. Auch für die „neueren“ Reaktoren ab Baujahr 1980 muss ein schneller Ausstiegstermin gefunden werden – CDU und FDP kündigten den Atomkonsens auf und beschlossen im letzten Jahr, dass der Ausstieg erst in bis zu 40 Jahren erfolgen soll. Für GRÜNE ein unzumutbar langer Zeitraum, die Stilllegung auch der „neueren“ AKW muss auf jeden Fall noch bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2017 erfolgen. Die Situation hat sich verändert: Erstens ist auch den Letzten seit Fukushima klar geworden, dass

es selbst in einer hochtechnisierten Gesellschaft keine atomare Sicherheit gibt. Auch in Deutschland kann es zu Stromausfällen kommen, wodurch die Kühlung lahmgelegt wird, sei es durch Schneefälle (Blitzeis im Münsterland!) oder sei es durch terroristische Akte. Oder einfach durch menschliches Versagen, durch eine Kette von „nicht vorhersehbaren“ Umständen. Und zweitens haben wir in den letzten 10 Jahren einen so rasanten Anstieg der Erneuerbaren Energien erlebt, dass klar geworden ist: Es geht ohne Atomenergie – und schon bald auch ohne Kohle. Dies hängt sogar zusammen! Denn Atom- und Kohlekraftwerke erfordern eine zentral strukturierte Stromversorgung – Erneuerbare Energien aber brauchen intelligente, dezentrale Netze.



Foto: Privat

Erneuerbar ist machbar!

Die Möglichkeit der kompletten Energieversorgung durch Erneuerbare ist heute zig Mal durchgerechnet, ist machbar und nicht wesentlich teurer als das bisherige System.

Es könnte sogar billiger werden, wenn man die zu erwartenden massiven Preisanstiege für fossile Energieträger mit einberechnet und die Subventionen der Atomenergie für den Bau der Anlagen und die Entsorgung. Gekoppelt mit starken Energieeinsparungen durch hocheffiziente Technologien und Veränderungen in unseren Lebensstilen können wir eine Gesellschaft aufbauen, die funktioniert, ohne diesen Planeten für Menschen unbewohnbar zu machen.



Foto: Privat

...auch in Wuppertal

Dies ist auch die Vision für Wuppertal und das Bergische Land. Wir müssen Stadt und Region unabhängig machen von fossilen Brennstoffen – und von Atomenergie. Seit der Beteiligung des belgisch-französischen Konzerns GdF (Gaz de France) Suez im Jahre 2009 sind auch die WSW ein Atomkonzern. GdF Suez betreibt in Tihange westlich von Liège Atomanlagen, deren radioaktiver Fallout im Falle eines Unfalls sogar ziemlich wahrscheinlich Nordrhein-Westfalen verseuchen würde. Wir bitten alle WuppertalerInnen, auf die WSW einzuwirken, damit diese ihren Einfluss bei GdF Suez für deren Ausstieg aus der Atomenergie geltend macht.

Wir können ganz konkret in Wuppertal gegen Atomenergie aktiv werden. JedeR Einzelne kann z. B. zu einem reinen Ökostromanbieter wechseln (www.atomausstieg-selber-machen.de).

Viele WuppertalerInnen zeigen – so wie Hunderttausende in anderen Orten in Deutschland – mit ihren Mahnwachen (montags um 18 Uhr in Elberfeld), dass sie den Ausstieg aus der Atomenergie wollen. Alle Aktivitäten für den Ausstieg aus der Atomenergie sind laufend unter www.ausgestrahlt.de aktualisiert. Mit unserem Engagement tun wir beides: Wir ehren die Opfer der Atomenergie in Japan, Tschernobyl und vielen anderen Orten der Welt und wir kämpfen dafür, dass zukünftige Opfer vermieden werden.

Global denken, lokal handeln – das war schon seit unserer Gründung die GRÜNE Devise. Gegen Atomenergie und für eine bessere Welt.

Gastbeitrag von Dr. Hermann E. Ott, GRÜNER Bundestagsabgeordneter für Wuppertal



Foto: Privat



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

das alles beherrschende Thema ist die Erdbebenkatastrophe in Japan. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Opfern des fürchterlichen Erdbebens, der verheerenden Tsunami-Welle und der atomaren Strahlung. Unsere Sorge umfasst auch die Lage in den Atomkraftwerken. Das Ausmaß der Schäden ist bislang nicht abzusehen. Wir unterstützen deshalb die Mahnwachen der Anti-Atom-Initiativen hier vor Ort und vielleicht treffen wir Sie bei einer der Aktionen gegen diese unbeherrschbare Technik. Wir informieren Sie in dieser Ausgabe natürlich auch über die wichtigsten politischen Planungen und Entscheidungen in unserer Stadt. So haben wir für Sie ein Interview mit Barbara Steffens, der GRÜNEN Emanzipationsministerin NRW, geführt, präsentieren Ihnen die GRÜNE Auffassung zum Erhalt des Schauspielhauses, sagen Ihnen, was wir von der Übertragung von Bädern auf BürgerInnen halten und bieten Ihnen viele weitere Themen. Wir wünschen Ihnen eine kurzweilige Lektüre.

Ihr Redaktionsteam

AUS DEM INHALT

Seite 2
Gastkommentar
Anti-Nazi-Demo

Seite 3
Interview mit Barbara Steffens
als Emanzipationsministerin

Seite 4
Schauspielhaus erhalten

Seite 5
Auswirkungen Budget-
Streichungen auf das Job-Center

Seite 5
Es tut sich was im und
am Barmer Bahnhof

GASTKOMMENTAR: AUFMARSCH IN WUPPERTAL

■ UNSERE STADT WEHRT SICH GEGEN NAZIS – KREISVORSTAND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL

Am 29.01.2011 tat sich in unserer Stadt etwas Großartiges. Ein Bündnis bisher unbekannter gesellschaftlicher und politischer Breite stellte sich gegen eine von Nazis angemeldete Demonstration in Wuppertal. Um 10:30 Uhr begann vor der Citykirche in Wuppertal-Elberfeld eine große Protestveranstaltung, um gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen in Wuppertal Stellung zu beziehen. Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Kulturschaffende, Sportverbände und viele weitere Gruppen luden zum Protest ein und die Resonanz war beeindruckend.

Unter dem Schutz und der Beobachtung der Polizei versammelten sich mehr als 2500 Menschen friedlich zu dieser Kundgebung gegen Rassismus und Faschismus. Die Polizei ist mit einer Stärke von 1500 Einsatzkräften angetreten, um die vom vorbestraften Nazi Axel Reitz angemeldete Demonstration und den Marsch durch Wuppertal durchzusetzen. Schon während der Kundgebung auf dem Kirchplatz, vor allem aber im Anschluss daran, machten sich viele auf den Weg, den Aufmarsch der Nazis zu blockieren.

Es ist richtig, dass natürlich jede in Deutschland nicht verbotene Organisation und natürlich auch jede/r einzelne Bürgerin und Bürger eine Demonstration planen und anmelden kann. Der Artikel 8 des Grundgesetzes gewährt ausdrücklich dieses Recht und dies haben alle Demokratinnen und Demokraten zu akzeptieren. Es ist daher nur verständlich, wenn Verwal-

tung, Gerichte und die Polizei in der Regel eine solche Veranstaltung nicht verbieten oder unterbinden können, wenn sich die Demonstrierenden an alle Regeln und Gesetze halten.

Aber was ist mit den Menschen? Was ist mit jenen Menschen, die es einfach nur unerträglich finden, wenn Nazis ihre verbrecherischen Weltbilder auf diese Art und Weise transportieren, jenen, die sich erinnern und jenen, die nicht wollen, dass die Erinnerung an die im Namen des Nationalsozialismus begangenen Taten nicht versiegen? Was ist mit den Menschen, die den Anfängen wehren wollen? Haben diese Menschen das Recht durch friedlichen, zivilem Ungehorsam eine solche Veranstaltung unmöglich zu machen?

Diese Frage juristisch einwandfrei zu beantworten ist gar nicht einfach und soll ob der Tatsache, dass die Rechtswissenschaft nun wirklich keine exakte Wissenschaft ist, hier nicht erörtert werden. Es ist in der Tat so, dass der blockierende Mensch häufig gegen Gesetze verstößt, wenn er seinem moralischen Kompass folgt und das Richtige macht. Die Polizei hat nun in diesem Szenario die undankbare Aufgabe, die Rechte der Nazis durchzusetzen und die Rechtsverstöße der GegendemonstrantInnen zu ahnden. Dazu ist sie verpflichtet. Aus diesem Grund ist an der Präsenz der Polizei – auch in dieser Stärke – erst einmal nichts auszusetzen. Aber nun muss unsere Kritik einsetzen. Es kam – nicht

unerwartet – zu Auseinandersetzungen zwischen Polizisten/Polizistinnen und GegendemonstrantInnen am Rande der Aufmarschstrecke der Nazis.

verarbeiteten, deutlich erkennbaren Straftaten der Nazis nicht durch eine Beendigung des ganzen Aufmarsches unterbunden wurde.

Es steht zu erwarten, dass die Nazis unsere Stadt auch in Zukunft nicht von solchen Veranstaltungen verschont werden.



Nach übereinstimmenden Berichten ist es zumindest sehr wahrscheinlich, dass die Polizei vereinzelt unangemessen hart oder sogar ohne Anlass reagierte. Dies muss eingehend und ohne Vorbehalte von der Staatsanwaltschaft untersucht werden.

Unverständlich ist auch, dass die in der Videodokumentation des Medienprojektes Wuppertal, welche die Veranstaltung aufnahmen und in dem Dokumentarfilm „Hallo ihr Trottel“

Aufforderungen zu Gewalttaten, Aufforderungen zum Rassenhass und die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole sind hervorragend dokumentiert und hätten in Qualität und Quantität ausgereicht, einen Abbruch gerichtsfest zu begründen.

Der Aufmarsch der Nazis dauerte zudem deutlich länger als dieser angemeldet war. Hier hätte die Polizeiführung die Veranstaltung der Nazis spätestens beenden können und müssen.

Die Wuppertalerinnen und Wuppertaler werden ihnen zweifelsohne wieder zeigen, dass sie hier nicht erwünscht sind. Von daher ist es wichtig, jegliches Fehlverhalten aufzuklären und im Dialog mit den Verantwortlichen effektive Maßnahmen zu erarbeiten, die im Rahmen der Gesetze und Verordnungen die Verbreitung von verbrecherischen Welt- und Menschenbildern in Wuppertal so schwer wie möglich machen.

Anzeige

Schütze DEINE Daten!

Malte Spitz

Mitglied des Bundesvorstandes
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Was haben Vorratsdatenspeicherung,
Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
und Netzneutralität
mit Deinen Bürgerrechten zu tun?

Wann: 07. April 2011, 19:00 Uhr

Wo:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Friedrich-Ebert-Str. 76
42103 Wuppertal

Telefon : +49 (0)202 87811
www.gruene-kvwuppertal.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREISVERBAND WUPPERTAL

EIN SPRUNG INS KALTE WASSER?

■ HALLEN- UND FREIBÄDER AB JETZT IN PRIVATER TRÄGERSCHAFT



In Zeiten von Nothaushalt und knappen Kassen werden händeringend Lösungen gesucht, um zu verhindern, dass Wuppertal kaputt gespart wird. Für die Verwaltungsspitze der Stadt ist das Haushaltssicherungskonzept – u.a. mit den Schließungen von fünf Hallen- und Freibädern – die Maxime des Handelns. Welche Konsequenzen dies für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen oder für den Schwimmunterricht der Schulen hat, wurde nicht bedacht und das ist verantwortungslos.

Verantwortungsvoll gewesen wäre es mit Blick auf die finanzielle Schieflage der Stadt und der seit Jahren bekannten Personalknappheit im Bäderbereich, rechtzeitig auf Förder- und Bürgervereine zuzugehen und mit ihnen zusammen langfristig tragbare

Lösungen und neue Konzepte anzustreben. Vereinszeiten in den Bädern hätten schon längst eigenständig ohne städtisches Personal durchgeführt werden können. Für das Schulschwimmen gilt ähnliches. Aber die Stadtschulverwaltung aus CDU und SPD schließen Bäder, Theater und andere Einrichtungen, verkaufen dies als ihren politischen Erfolg und die Bürgerinnen und Bürger sollen es über Fördervereine oder Stiftungen wieder „gerade richten“.

Ende Februar beschloss die Ratsmehrheit die Übergabe der Hallenbäder Vohwinkel und Ronsdorf sowie der Freibäder Eckbusch, Mirke und Vohwinkel an die Fördervereine mit der Option, dass die Stadt bis Ende 2011 die Betreuung der Bädertechnik im Freibad Eckbusch und die Betriebskosten für die Bäder in Vohwinkel und Ronsdorf übernimmt. Offen ist aller-

dings die Frage der Grundstücksüberlassung oder der Pacht bzw. Miete, die die Fördervereine ab 2012 an die Stadt zu zahlen haben. Zu diesen Kosten kommen dann noch die Betriebskosten (Instandhaltung, Wartung der Technik und Energie) hinzu. Wie diese finanziellen Lasten zu schultern sind, überlässt die Mehrheit aus CDU und SPD den Vereinen und empfiehlt als Lösung: gehen Sie jetzt mal schön schwimmen und dann schauen wir mal. Die Nachhaltigkeit bleibt auf der Strecke.

Hundert Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ihren Stadtteilen in hervorragender Weise und trotz der Stadtschulverwaltung und der politischen Mehrheit von CDU und SPD. Sie investieren Freizeit und Geld, um ihre Bäder zu erhalten, die seit Anfang März in privater Trägerschaft betrieben werden. Wir wünschen den Fördervereinen von Herzen viel Erfolg und werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Miete oder Pacht für 2012 so gering wie möglich angesetzt wird.



Foto: Privat



Cartoon: Atomkraft-Grab von Harm Bengen

FAMILIENPLANUNG SCHWER GEMACHT

ARMUT FÜHRT ZU UNGEWOLLTEN SCHWANGERSCHAFTEN

Bis 2005 waren die Kosten für Verhütungsmittel noch im Regelsatz für Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen enthalten. Seit der Agenda 2010 müssen Frauen die Verhütungsmittel aus dem Regelsatz bezahlen, denn nur noch die Leistungen, die denen der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechen, werden erstattet. Das bedeutet, Frauen ab dem 20. Lebensjahr müssen die Kosten für Verhütungsmittel selbst tragen. Doch das Geld reicht dafür bei Weitem nicht aus, denn der Satz für „individuelle Gesundheitsleistungen“ von 15,55 Euro ist eindeutig zu knapp kalkuliert. Hiervon müssen die Praxisgebühr und frei verkäufliche Medikamente wie Kopfschmerztabletten oder Erkältungsmittel bezahlt werden. Gerade die sicheren Verhütungsmittel wie Pille oder Spirale können sich Frauen in finanziellen Notsituationen daher nicht leisten. Die Benutzung von Kondomen setzt aber immer das Einverständnis des Partners voraus – und das ist in vielen Fällen nicht gegeben. Viele Frauen steigen darum auf weniger sichere Verhütungsmittel um oder verzichten komplett darauf und riskieren damit ungewollte Schwangerschaften. Das belegen die Zahlen u.a. von Pro Familia eindeutig. Die Kombination aus finanziellen Sorgen und unerwünschter Schwangerschaft ist ein Teufelskreis, der die psychosoziale Not der Frauen noch steigert. Es ist absurd, dass der Staat (in diesem Fall aus Landesmitteln) die Kosten einer Abtreibung zahlt, nicht aber die Kosten für die Verhütung von ungewollten Schwangerschaften trägt. Wir GRÜNEN wollten den Frauen in Wuppertal die Chance geben, eine



Foto: © Harmut910, Pixelio.de

sichere Verhütungsmethode anwenden zu können. Dazu haben wir einen Antrag im Rat eingebracht, der zumindest eine anteilige Kostenübernahme durch die Kommune forderte. Dazu sollten auch Gespräche mit möglichen Sponsoren geführt werden. Andere Kommunen haben das bereits realisiert und berufen sich dabei u.a. auf den § 49 SGB XII. Dieser besagt, dass die Kosten für empfängnisverhütende Mittel übernommen werden, wenn diese ärztlich verordnet worden sind. Leider wurde unser Antrag in den entscheidenden Punkten abgelehnt. Dass für eine dauerhafte Lösung des Problems auch Bund und Länder in der Pflicht sind – das sahen jedenfalls die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD so – steht außer Frage. Aber bis auf dieser Ebene eine Entscheidung fällt, dürfte noch einige Zeit vergehen. Und in dieser Zeit werden noch viele Frauen Abtreibungen vornehmen lassen, die nicht nötig wären. Es wird also mal wieder am falschen Ende gespart!

Heute ist ein guter Tag.

100 Jahre Internationaler Frauentag

Und: der Fortschritt ist eine Schnecke

Seit 1911 findet jährlich der Internationale Frauentag statt. Beim ersten Mal im Jahre 1911 demonstrierten die Frauen vor allem für das Wahlrecht für Frauen. Auch in Wuppertal und dem Bergischen Land gab es 2011 viele Veranstaltungen, auf denen eine Zwischenbilanz in Sachen Gleichberechtigung von Frauen gezogen wurde. Heutzutage ist die rechtliche Gleichstellung erreicht, aktuell geht es vor allem um die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern.

„Sind Sie für Gleichberechtigung?“

Diese Frage würde fast jede Frau und auch jeder Mann ohne zu zögern mit „Ja“ beantworten. Leider sieht es in der Praxis noch ganz anders aus. Frauen sind noch immer in Führungspositionen unterrepräsentiert, arbeiten öfter in schlechter bezahlten Berufen und verdienen trotzdem im Schnitt 23% weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Dafür arbeitet eine Frau durchschnittlich über vier Stunden täglich im Haushalt – ein Mann dagegen nur knapp zweieinhalb.

100 Aktivitäten für 100 Jahre Frauentag

Anlässlich des 100jährigen Jubiläums hat die GRÜNE Bundestagsfraktion 100 Aktivitäten rund um die Gleichstellung von Frauen durchgeführt, in denen gezeigt wurde, was Frauen leisten und geleistet haben und wofür es weiterhin zu kämpfen gilt. Ein Sachverständigengutachten bilanzierte Anfang des Jahres, was in Sachen

Gleichstellung in Deutschland noch getan werden muss, auch wenn die schwarz-gelb geführte Bundesregierung die Augen vor notwendigen Konsequenzen noch verschließt: es enthält klare Analysen und Forderungen, wie die Abschaffung von Minijobs und die Einführung von Quoten nicht nur für die Aufsichtsräte. Das zentrale Ergebnis passt gut zum Internationalen Frauentag: „Bis zur echten Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern ist es noch ein weiter Weg“.

Die GRÜNEN machen sich seit langem für echte Emanzipation auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene stark. Die Bundestagsfraktion hat mit ihrem Antrag „Frauen verdienen mehr“ die wesentlichen Schritte genannt. Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, eine verbindliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und einen flächendeckenden Mindestlohn.

In diesem Sinne arbeiten wir stetig an der Herstellung von faktischer Gleichstellung der Geschlechter, auch die nächsten hundert Jahre, versprochen!



IMPRESSUM

Herausgeberin:

Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204

Fax: 0202. 59 64 88

E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Gabriele Mahnert, Martin Möller, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marcel Simon

Gastbeiträge und Kommentare:

Dr. Hermann E. Ott MdB,
klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN
Bundestagsfraktion

Kreisvorstand Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Wuppertal

Interview:

NRW-Emanzipationsministerin
Barbara Steffens

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz und Gestaltung:

werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:

talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 27.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,
Friedrich-Ebert-Straße 109-111; AStA,
Berg. Universität; Behindert - na und?
e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111;
Café Moritz, Höhne 22; Cinema,
Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8;
Katzengold, Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

INTERVIEW MIT NRW-EMANZIPIATIONSMINISTERIN BARBARA STEFFENS

„Der Weg ganz nach oben ist für Frauen in Deutschland blockiert!“ Der internationale Frauentag feiert dieses Jahr seinen 100. Geburtstag. Wir blicken auf die kommenden Aufgaben.

Du hast als Emanzipationsministerin einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Frauenquote in Unternehmen erarbeitet. Die Landesregierung wird ihn voraussichtlich im März in den Bundesrat einbringen. Welche Kernforderungen enthält dieser Vorstoß?

Der Gesetzesentwurf sieht eine Frauenquote für die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen vor. Sie soll in zwei Stufen erreicht werden. In einem ersten Schritt gilt eine gesetzliche Mindestquote in Höhe von 30 Prozent und fünf Jahre später in Höhe von 40 Prozent. Die Umsetzung der Quote setzt unmittelbar beim Wahlakt an: Zum Aufsichtsratsmitglied ist nur gewählt, wessen Wahl nicht gegen die gesetzliche Mindestquote verstößt. Wenn also bei einer Aufsichtsratswahl ein Mann gewählt wird, obwohl die gesetzlich festgelegte Frauenquote noch nicht erreicht wurde, so wäre seine Wahl ungültig und er könnte sein Amt nicht antreten.

Warum ist eine gesetzliche Regelung überhaupt notwendig?

Der Frauenanteil von 3,2 Prozent in den Vorständen und unter 4 Prozent auf der Seite der Anteilseigner in den

Aufsichtsräten beweist doch, dass der Weg ganz nach oben in Deutschland für Frauen blockiert ist. Die freiwillige Vereinbarung, die die Bundesregierung vor zehn Jahren mit der Wirtschaft geschlossen hat, hat nichts gebracht. Die gesetzliche Mindestquote in Aufsichtsräten für beide Geschlechter wird diese Blockade durchbrechen. Und sie ist eine große Chance für eine Veränderung der deutschen Unternehmenskultur, die noch aus den 50er Jahren stammt. Hiervon werden alle profitieren: Männer und Frauen, Gesellschaft und Wirtschaft.

An welchen frauenpolitischen Baustellen müssen wir neben der Frauenquote noch arbeiten?

Ja, trotz aller Erfolge ist immer noch eine Menge zu tun, zum Beispiel in Sachen Lohngleichheit. Frauen verdienen in Deutschland im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer. Gründe dafür sind die geringe Zahl von Frauen in Führungspositionen, stattdessen sind sie bei Mini-Jobs und Teilzeitarbeit überrepräsentiert. Ein wichtiger Grund ist auch das geringere Lohnniveau in frauentypischen Berufen wie Erzieherin oder Altenpflegerin. Aber auch im gleichen Beruf verdienen Frauen weniger als Männer. Direkte Lohndiskriminierung spielt also auch eine Rolle. Mit der „Landesinitiative Frau & Wirtschaft“ – vor allem mit den 16 Kompetenzzentren Frau und Beruf, die wir neu schaffen werden – wollen wir die Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt ver-



Foto: MGEPA

bessern. Zum Schutz von Frauen gegen Gewalt werden wir die vierte Personalstelle in den Frauenhäusern wieder einrichten und eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern verankern. Außerdem werden wir das Landesgleichstellungsgesetz novellieren und in seiner Durchsetzungskraft stärken.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg.

grün[®]
Keiner wie wir.

LECKER, GESUND UND KLIMAFREUNDLICH!

Wird der Donnerstag auch in Wuppertal zum „Veggie Day“?

Klimaschutz schmeckt lecker! Davon möchten wir gerne mehr Menschen überzeugen. Denn viele behaupten immer noch: Ohne Fleisch werde ich nicht satt! Um diese These zu widerlegen, würden wir gerne - so wie bereits in Bremen geschehen - in Wuppertal einen „Veggie Day“ einführen (veggie = VegetarierIn).

Dazu soll in den Kantinen der städtischen Einrichtungen, Kindertagesstätten und Schulmensen an einem Wochentag auf Fleisch verzichtet werden. Wir wollen damit niemanden zum Vegetarier bekehren. Sinnvoll ist es aber nun einmal, an einem Tag in der Woche oder auch viel öfter auf Fleisch zu verzichten. Wir möchten Sie überzeugen, dass Essen ohne Fleisch lecker, gesund und abwechslungsreich sein kann – eben eine wirkliche Alternative zu „Schnitzel mit Pommes“.

Rund 18% der treibhauswirksamen Gase werden weltweit durch die Tierhaltung verursacht. Es handelt sich also um ein globales Problem. Dem können wir auf lokaler Ebene begegnen, indem wir unseren Fleischkonsum reduzieren und unsere Lebensmittel bei regionalen Erzeugern kaufen.

Nach der belgischen Stadt Gent hat die Stadt Bremen den Veggie Day als erste deutsche Großstadt eingeführt. Überträgt man die Zahlen von Bremen auf

Wuppertal, dann könnte damit die CO₂-Belastung von rund 25.000 PKW pro Jahr eingespart werden. Gleichzeitig ließen sich erhebliche Wassermengen einsparen. Und auch der globale Flächenverbrauch würde sich reduzieren, da weniger Ackerflächen für den Anbau von Futtermitteln zur Verfügung gestellt werden müssten.

Ein GRÜNER Antrag an den Ausschuss für Umwelt und den Rat der Stadt Wuppertal wurde im Februar abgelehnt. Die Herren von CDU, SPD und FDP wirkten recht nervös bei der Vorstellung, einmal in der Woche auf ihr Steak oder Schnitzel verzichten zu müssen.

Dabei gibt es viele gute Gründe, Vegetarisches zu probieren. Dazu gehören sicherlich ethische Aspekte wie die Massentierhaltung oder Giftstoffe in Futtermitteln, wie jüngst der Dioxin-Skandal wieder deutlich gemacht hat. Wir wollen aber den Schwerpunkt auf den Klimaschutz legen und zeigen, dass bewusste Ernährung einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.

Der Veggie Day in öffentlichen Einrichtungen kann und soll auch eine Anregung sein, zu Hause oder beim privaten Restaurantbesuch öfters vegetarisch zu essen.

Wenn Sie einen Veggie Day für Wuppertal begrüßen würden, schreiben Sie uns oder fordern Sie unsere kleine, grüne Rezeptsammlung mit leckeren vegetarischen Rezepten an:

fraktion@gruene-wuppertal.de

STREICHKONZERT IN WUPPERTAL VERHINDERN

■ DAS WUPPERTALER SCHAUSPIELHAUS MUSS ERHALTEN WERDEN

Mit den Stimmen von CDU und SPD wurde in der letzten Sitzung des Rates ein Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion abgelehnt, mit dem wir das Schauspielhaus in öffentlicher Trägerschaft und als Drei-Sparten-Theater erhalten wollten.

Das Schauspielhaus an der Kluse ist unverzichtbarer Teil des kulturellen Lebens in unserer Stadt. Dieses architektonisch bedeutsame Gebäude aufgeben zu wollen, ist eine Zäsur, deren Ankündigung bundesweit schon für Empörung gesorgt und Kopfschütteln ausgelöst hat. Theater zu schließen und im kulturellen Bereich als Ausdruck finanzieller Not die Mittel zu kürzen, mag auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen.

Auf den zweiten Blick ist es der Verzicht auf einen der wichtigsten Bestandteile des öffentlichen Lebens. Im Theater wird eine Auseinandersetzung mit unserer Gesellschaft gelebt, wird sie kritisch hinterfragt, dort können wir unsere kulturellen Wurzeln erleben und erfahren. Das Theater wird durch die von der Stadtspitze und den Mehrheitsfraktionen CDU und SPD auferlegten Kürzungen in seiner Existenz bedroht. Der schon weit fortgeschrittenen Verarmung der Stadt folgt nun die geistige Verarmung.



Kultur ist lebensnotwendig. Sie ist notwendig besonders auch als kulturelle Bildung der Kinder und Jugendlichen in Wuppertal. Rund um das Theater werden mit dem Konzept der Theaterpädagogik und dem Containerangebot Anstrengungen unternommen, auch jungen Menschen Kultur nahe zu bringen. Dazu gehört auch die

enge Zusammenarbeit mit den Schultheatergruppen und mit dem Musikunterricht in den Schulen. Hier werden Alternativen zu Fernsehtalkshows und Computerspielen angeboten. Mit Theater und Kultur verbinden wir einen Bildungsauftrag an die nachwachsende Generation, der eingelöst werden muss. Für die GRÜNE Fraktion

ist die kulturelle Bildung eine Pflichtaufgabe von Bund, Land und Kommune und dazu gehört für eine Stadt mit 350 000 EinwohnerInnen auch ein Drei-Sparten-Theater. Ebenfalls abgelehnt wurde die GRÜNE Forderung, dass sich die Stadt Wuppertal beim Land dafür einsetzt, eine Kulturpauschale zur Unterstützung im

investiven Bereich zu bekommen. Im Sportbereich funktioniert die Sportpauschale seit Jahren sehr erfolgreich und es ist aus unserer Sicht nicht einzusehen, warum sich CDU und SPD in diesem Punkt verweigern. Denn fachliche Argumente wurden nicht genannt.

Auch die Forderung des Zusammenschlusses der beiden Bergischen Sinfonieorchester steht im Raum. Weitere Sparmaßnahmen wie der Personalabbau in der Verwaltung nehmen zum Teil dramatische Formen an. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Kommunen in NRW mit 20 Milliarden Euro chronisch unterfinanziert sind. Nur unsere Bundeskanzlerin Frau Merkel ist nicht bereit, eine kommunale Finanzreform umzusetzen. Sie will das Thema aussitzen, wie sie es schon oft getan hat. Die Forderung, dass sich die Großkonzerne, die keine Steuern zahlen, wieder an diesem Staat beteiligen sollen, prallt noch an ihr ab. Genau so hat der ehemalige Ministerpräsident Herr Rüttgers von NRW gehandelt, aber der ist schon Geschichte. Wir werden gemeinsam sehen, ob Frau Merkel daraus gelernt hat. In der Zwischenzeit werden immer mehr Kommunen in NRW in die „Insolvenz“ gehen und nicht nur ihre Kultureinrichtungen schließen müssen.

ORCHESTERFUSION – EINE OPTION? NEIN!

■ EIN GUTACHTEN UND SEINE FOLGEN



Die Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid haben vieles gemeinsam, dazu zählt leider auch die missliche finanzielle Lage. Auf der Suche nach Einsparpotenzialen kam man ziemlich schnell auf den Bereich Kultur. In Wuppertal steht – in den Augen der großen Rats-Kooperation von CDU und SPD – noch immer die Zukunft unseres Theaters zur Disposition.

So wurde das Münchener Consulting-Unternehmen actori beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, das Einsparpotenziale im Bereich der Kultur aufspürt, die durch eine Zusammenarbeit der drei Bergischen Großstädte erzielt werden können.

Das Ergebnis des Gutachtens: bei einer Fusion der beiden Sinfonie-Orchester sind Sparmöglichkeiten vorhanden. Es wird dargestellt, wie eine Fusion des

Sinfonieorchesters Wuppertal und des Bergischen Sinfonieorchesters langfristig – im Wesentlichen durch Personalabbau – zu Einsparungen führt. Betrachtet man die Zahlen genauer, offenbart sich, dass die drei Bergischen Großstädte in den ersten 7 Jahren der Fusion aber erstmal deutlich mehr ausgeben müssten. Einsparungen sind sogar erst nach 12 bis 13 Jahren möglich und das volle Einsparziel erreicht man erst nach 25 Jahren. Das Gutachten beruft sich zwar auf Erfahrungen, dass auch einige Jahre früher mit Einsparungen zu rechnen sei, dies darf aber wegen der mit dieser Schätzung verbundenen Unwägbarkeiten angezweifelt werden.

Neben diesen reinen wirtschaftlichen Auswirkungen hätte eine Orchesterfusion aber auch kaum zu überschauende Auswirkungen auf das kulturelle

Angebot in Wuppertal.

Sowohl die Qualität als auch die Quantität des Angebotes nähme deutlich ab. Der Bestand des fusionierten Orchesters als sogenanntes A-Orchester wäre gefährdet. Ob ein fusionierter Klangkörper jemals wieder die Qualität und das Ansehen erreichte, das sich das Wuppertaler Sinfonieorchester in den vergangenen Jahren erarbeitete, ist aus Sicht vieler Musikerinnen und Musiker und Kulturfachleute fraglich. Es ist auch fraglich, ob es sich ein Toshiyuki Kamioka gefallen ließe, dass sein Orchester und damit seine Arbeit der letzten Jahre „den Bach herunterginge“.

Es gilt zu vermuten, dass er dem neuen – zumindest in den ersten 10 Jahren qualitativ schlechterem Orchester – den Rücken kehrt. Wuppertal verlöre einen Akteur, der das Ansehen der Stadt positiv prägt.

Die wirtschaftlichen Einsparziele würden – wenn überhaupt – erst zu einem Zeitpunkt eintreten, an dem die Bergischen Großstädte ihren Offenbarungseid schon lange geleistet hätten. Die Geschwindigkeit der finanziellen Talfahrt würde in den ersten Jahren der Fusion sogar beschleunigt werden. Die künstlerischen Risiken sind kaum überschaubar. Im Ergebnis ist sogar der Verlust beider Orchester denkbar. Das kann nicht das Ziel einer nachhaltigen Politik sein, die sich daran orientieren muss, dass auch der Erhalt kultureller Angebote zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört, einen wesentlichen Teil dieses kulturellen Angebots zu gefährden, um in ein oder zwei Jahrzehnten eventuell eine Einsparung zu erzielen, die dann den Städten im Bergischen auch nicht mehr nutzt. Das ist sinn- und verantwortungslos und wird von Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht mitgetragen.

GRÜNE GEGEN STELLENSTREICHUNGEN

■ WAS BRINGT DER KINDER- UND JUGENDFÖRDERPLAN?

Der aktuell vorgelegte Kinder- und Jugendförderplan 2010-2014 zeigt, wie vielfältig das Angebot in der Kinder- und Jugendarbeit in Wuppertal (noch!) ist. Es ist den Fraktionen im Jugendhilfeausschuss im Jahr 2010 gelungen, an der Erarbeitung dieses Planes mitzuwirken. Ursprünglich war dies so nicht vorgesehen, die Politik sollte erst nach der Erstellung des Plans informiert werden. Dies konnten wir mit einer Initiative im Jugendhilfeausschuss verhindern. Wuppertal hat viel zu bieten, die große Anzahl von Jugendzentren, das tolle Engagement in der Jugendverbandsarbeit und auch innovative erlebnispädagogische Orte wie die Skaterhalle „Wicked Woods“ oder der Hochseilgarten auf dem Nützenberg sind auch über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Und dies soll auch so bleiben. Mag der Kinder- und Jugendförderplan eher unspektakulär daher kommen, so liegt der Teufel im Detail. Ist unser Stadtteil vorläufig verschont geblieben, und wie lange wird dies noch so bleiben, fragen sich zur Zeit viele BürgerInnen in den Stadtteilen.

Welche Änderungen stehen an

Wenn man dem Kinder- und Jugendförderplan folgt, so wird es weitreichende Veränderungen gerade in der Landschaft der offenen Kinder- und Jugendarbeit geben. Am auffälligsten sind die geplanten Änderungen in Vohwinkel, Barmen und Elberfeld. Mag eine Verschiebung innerhalb von Elberfeld von der diesbezüglich gut versorgten Nordstadt in die Südstadt noch zweckdienlich sein, um das sozialräumliche Angebot im zunehmend problematischer werdenden Umfeld der unteren Südstadt auszubauen, wird es bei einer Verschiebung von Vohwinkel nach Barmen schon weit-

aus schwieriger. Aber ist es wirklich zur Zeit sinnvoll, ein Jugendzentrum in Vohwinkel dicht zu machen, wo jahrzehntelang mit viel Aufwand problematische Straßenzüge und Ortsteile städtebaulich aufgewertet wurden und sich zur Zeit die junge, militante rechte Szene gerade in diesem Ortsteil zusammenrottet? Wohl kaum! Tatsächlich denken wir hier gesamtstädtisch und fragen uns, welche Stadtteile wirklich noch eine Stärkung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit brauchen. Hat es der Arrenberg, hat es die untere Südstadt und der Bereich Unterbarmen nicht weitaus nötiger?

Prävention spart Geld

Der Kinder- und Jugendförderplan ist zweifelsohne ein wichtiges Instrument der Jugendhilfeplanung in unserer Stadt, aber in Zeiten knapper Kassen heißt es trotz allem: „Jugendarbeit ist Prävention“. Wer hier spart, zahlt später in den Reparaturbetrieb „Hilfen zur Erziehung“ umso mehr ein. Die Kosten für die stationäre und teilstationäre Heimunterbringung sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Wir stehen vor dem Problem, dass eine Wiederbesetzungssperre von Stellen seitens der Bezirksregierung Düsseldorf verfügt worden ist. Auch werden gewachsene Angebotsstrukturen ausgedünnt. Dem müssen wir uns entgegenzusetzen, auf politischer Seite und mit den Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern. Aus gesamtstädtischer Sicht muss man die Verwaltungsvorlage „Stellenreduzierungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit“ im Zusammenhang mit der Vorlage des Kinder- und Jugendförderplanes sehen. Deswegen werden wir als GRÜNE diesen handwerklich durchaus guten und durchdachten Jugendförderplan ablehnen.

KULTURMEILE BARMEN NIMMT GESTALT AN KINDERLÄRM IST ZUKUNFTSMUSIK

■ GROSSBAUSTELLE AUF DER ZIELGERADEN



Wer zur Zeit mit Bus oder Bahn am Barmer Bahnhof ankommt, schlängelt sich an einer Großbaustelle vorbei. Die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes ist in vollem Gange und soll bis Juni 2011 abgeschlossen sein.

Dabei werden die Bushaltestellen neu angeordnet, aber auch für ein ansprechendes Erscheinungsbild wird gesorgt: In der Mitte der Winkelstraße wird ein Grünstreifen angelegt und der Bahnhofsvorplatz wird deutlich vergrößert. Mit Unterstützung des Bürgervereins Barmen Mitte kann dort eventuell sogar ein Brunnen errichtet werden. Finanziert werden die Maßnahmen zum größten Teil aus Mitteln des Konjunkturpakets II. Aber nicht nur vor, sondern auch im Bahnhof tut sich was! Eine wesentlich freundlichere Atmosphäre schafft der neue Anstrich der Bahnhofshalle im Bereich vor dem Buchladen. Für ÖPNV-NutzerInnen entsteht der Eindruck, von einer Tropfsteinhöhle in die gute Stube zu kommen – oder eben umgekehrt! Aber in der anderen Richtung – spricht für das Gelände der Deutschen Bahn – ist zur Zeit noch kein Licht am Ende Tunnels zu sehen. Wie Bahnhofsma-

nager Seelmeyer der Bezirksvertretung Barmen berichtete, ist frühestens ab 2015 mit einer umfassenden Sanierung zu rechnen. Bis dahin werden lediglich kosmetische Maßnahmen durchgeführt. Die Verkehrssicherheit sei laut Seelmeyer gewährleistet. Die Arbeiten im Bahnhofsgelände, das inzwischen abgeschlossen und die ersten Veranstaltungen haben dort bereits stattgefunden. Auch wenn sich das Konzept der Zusammenarbeit mit dem Forum Maximum leider zerschlagen hat, können sich die WuppertalerInnen auf vielversprechende Angebote freuen. Die zentrale Lage mit hervorragender ÖPNV-Anbindung wird sicherlich zu einer erfolgreichen Wiederbelebung des Bahnhofsgeländes beitragen. Erfreulich ist außerdem, dass auch die denkmalgeschützte ehemalige Tankstelle an der Wittensteinstraße inzwischen den Besitzern des Barmer Bahnhofs gehört und aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt werden soll. In unmittelbarer Nähe zu Opernhaus und Historischem Zentrum entsteht hier die Kulturmeile Wuppertals - dafür lohnt es sich, noch ein paar Monate Baustellenchaos in Kauf zu nehmen!

■ MEHR RECHTE FÜR KINDER PER GESETZ?

Kein Vergleich mit Rasenmähern, Autos oder Bohrmaschinen

Dies haben aber in der Vergangenheit auch in Wuppertal leider nicht alle Mitbürgerinnen und Mitbürger so gesehen, oftmals wurde dann wegen Lärmbelästigung vor Gericht gezogen. Auch Röhrenrutschen auf Kinderspielplätzen fielen bekanntlicherweise der Klagewut in der Vergangenheit bereits zum Opfer.

Dass das Spielen und Rumtoben, das Entdecken ihrer Umwelt für die Entwicklung von Kindern elementar wichtig ist, mag dem meisten bekannt sein, und dennoch wird dies gerne vergessen, wenn der Lärm vor der eigenen Haustür stattfindet.

Unlängst gab es im Bereich der „Obere Bergerheide“ (Katernberg) wieder einen Fall, der durch die Wuppertaler Gazetten geisterte: Fußballspielen auf einer Wiese sollte verboten werden. Nur dank dem beherzten Eingreifen der Fachverwaltung und dem Engagement von Anliegerinnen und Anliegern kann nun wieder nach Herzenslust gebolzt werden.

Ein Problem in der Vergangenheit war,

dass jede Klage letztendlich immer als Präzedenzfall gewertet wurde und Kinderlärm oftmals als schädliche Umwelteinwirkung eingestuft wurde. Dies soll nun im Rahmen einer Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes der Vergangenheit angehören.

Ausschlag gebend dabei ist der neu eingefügte Passus im § 22 in diesem schon seit langer Zeit bestehenden Gesetz, der besagt, dass Kinderlärm, der von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen hervorgerufen wird, im Regelfall keine schädliche Umwelteinwirkung ist.

Das wird in Zukunft vor allem Kitas helfen und auch die AnwohnerInnen von Kinderspielplätzen haben wenig Chancen, wenn sie wegen Lärmbelästigung klagen. Die Gesetzesänderung ist aus GRÜNER Sicht der richtige Weg in eine kinderfreundlichere Gesellschaft, aber das Gesetz hat auch weiterhin seine Lücken.

Denn dabei ist beispielsweise das Spielen und Bolzen vor der Haustüre oder in Spielstraßen nicht geregelt, hier ist dem Klageweg und durchaus auch dem Klageerfolg weiterhin Tür und Tor öff-

net. Kinderfreundlichkeit kann zwar nicht staatlich und städtisch verordnet werden. Aber eine kinderfreundliche Stadt ist eine bunte und vielfältige Stadt, die letztendlich auch ein Wirtschaftsfaktor sein kann, da so vermehrt junge und kinderreiche Familien in die Region ziehen werden. Will man dem demografischen Wandel etwas entgegenzusetzen, ist es von elementarer Bedeutung, Wuppertal noch kinderfreundlicher zu machen.

Dazu gehört aus GRÜNER Sicht, im Rahmen des finanziell Möglichen Spielplätze, Spielflächen und Spielpunkte zu sanieren und umzubauen und dies sowohl auf der „grünen“ Wiese als auch in den innerstädtischen Bereichen.

Kinderfreundlichkeit darf nicht zur Floskel verkommen – Kinderlärm sollte für uns alle Zukunftsmusik sein. Bereits in der Vergangenheit haben wir auf politischer Ebene die „Kinderfreundlichkeitsprüfung“ der Stadtverwaltung Wuppertal kritisch und konstruktiv begleitet und werden hier auch weiterhin den Finger in die Wunde legen, wo es nötig sein wird.



BUND STREICHT MITTEL FÜR JOBCENTER ZUSAMMEN

Beschäftigungsförderung nach „Verwertbarkeit“

Die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit bereiten zur Zeit eine Veränderung in der Beschäftigungsförderung vor, die eine große Anzahl von hilfebedürftigen Menschen ausgrenzen und zu einer dramatischen Einschränkung von sozialen Angeboten in Wuppertal für diese Menschen führen wird.

Zahlen und Fakten

Das Integrationsbudget des Jobcenters Wuppertal, mit dem Fördermaßnahmen von Arbeitslosengeld (ALG)-II-Empfänger/innen finanziert werden, wurde und wird stark gekürzt.

2010 betrug das Budget noch 44 Mio. Euro, 2011 nur noch 34 Mio. Euro und 2012 wird das Budget noch weiter auf 24 Mio. Euro zusammengestrichen. Neben dieser finanziellen Reduzierung wird gleichzeitig an einer weiteren Reform gearbeitet, die vordergründig dem „effizienten Mitteleinsatz“ dient. In der Praxis bedeutet das: nur wer in den 1. Arbeitsmarkt vermittelbar ist, erhält eine Förderung, alle anderen gehen leer aus!



Hier soll eine weitere Anpassung der Jobcenter an die Methoden der Bundesagentur für Arbeit erfolgen, die im ALG I vielleicht ihre Berechtigung hat, im ALG II aber viele Menschen ausgrenzt.

Die Unterschiede beider Rechtssysteme und damit auch die Notwendigkeit einer unterschiedlichen Handhabung liegen auf der Hand:

Während im ALG I überwiegend mit

Menschen gearbeitet wird, die schnell wieder in einen Job vermittelt werden können, ist die Zusammensetzung im Arbeitslosengeld II deutlich schwieriger. Ein Blick in das vom Jobcenter vorgelegten Arbeitsmarktprogramm 2011 macht diese deutlich: rund 70 % der in diesem System zu betreuenden Menschen werden als „integrationsfern“ definiert. Hierbei kommen oft verschiedene Probleme zusammen,

wie z.B. fehlende Schulausbildung, Krankheit oder psychosoziale Probleme. Bevor eine Integration in den 1. Arbeitsmarkt erfolgen kann, ist daher eine längere und intensive Arbeit mit den Menschen erforderlich.

Allen sozialen Notwendigkeiten zum Trotz soll genau hier zukünftig gespart und wichtige Maßnahmen unter dem Begriff der „Effektivität“ eingestellt werden.

Auswirkungen für Wuppertal

Aber nicht nur die individuelle Förderung für die betroffenen Menschen ist hier bedroht. Viele soziale Maßnahmen in Wuppertal, die einen guten und wichtigen Rahmen für die Integration von besonders benachteiligten Menschen bieten, sind in Gefahr, weil sie zukünftig unter den vorgestellten finanziellen und inhaltlichen Rahmenbedingungen nicht mehr vorgehalten werden können.

Hinter vorgehaltener Hand wird von der Einstellung von mindestens 70 % der Projekte gesprochen, die bisher noch finanziert werden konnten. Einige Beispiele machen klar, welcher soziale Kahlschlag Wuppertal dann

vorsteht:

Von der Wuppertaler Tafel über die Arbeit in Altenheimen, Kindertagesstätten, sozialen Einrichtungen in den Stadtteilen und Sportvereinen, über die Toys-Company und Projekte für gebrauchte Möbel wie das Brockenhäuser bis hin zur Hilfe in Kultureinrichtungen sind Einrichtungen in ihrer Existenz gefährdet, wenn die angekündigte Kürzung auf Bundesebene wie angedroht auch umgesetzt wird.

Die GRÜNE Ratsfraktion Wuppertal wird sich auf allen Ebenen gegen diese Kürzungen engagieren, denn wir dürfen es nicht zulassen, dass die vielen Projekte, die das soziale Leben unserer Stadt mitprägen, dem Rotstift zum Opfer fallen und die Menschen, die dort Arbeit gefunden haben, allein gelassen werden.

grün[®]
Keiner wie wir.

RATSCHRONIK FEBRUAR

Zensus 2011: Datenerhebung

Zum Stichtag 9. Mai wird in der Europäischen Union ein Zensus durchgeführt. Im Gegensatz zu einer Volkszählung im engeren Sinne werden beim Zensus 2011 größtenteils vorhandene Registerdaten unterschiedlicher Quellen zusammengeführt und durch eine Stichprobe von ca. 10% persönlich befragten BürgerInnen flankiert. Der Zensus 2011 ist bei Datenschützerinnen und Datenschützern u.a. wegen Art, Umfang und Durchführung der persönlichen Befragungen stark umstritten.

Die GRÜNE Fraktion fragte die Verwaltung, wer die Interviewer sein werden, die BürgerInnen beim Zensus 2011 persönlich befragen werden. In Hessen wollten Rechtsradikale sich als Interviewer zur Verfügung stellen, um die erfragten Daten für sich selbst zu nutzen. Die GRÜNEN wollen mit der Anfrage für das Thema sensibilisieren und verhindern, dass Rechtsradikale in Wuppertal die Interviews führen dürfen. Die Antwort der Verwaltung war beruhigend, denn in erster Linie führen

städtische MitarbeiterInnen die Interviews durch, externe BefragterInnen müssen sich persönlich vorstellen.

Sachstandsbericht Inklusion

Die GRÜNEN beantragten im Fachausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit am 10.02.2011 einen Sachstandsbericht Inklusion, der die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen gesellschaftlichen Teilhabe und Eingliederung von Menschen mit Behinderung in Wuppertal auflisten soll. Erfreulicherweise schlossen sich CDU und SPD unserer Forderung an, so dass ein gemeinsamer Antrag der drei Fraktionen für die Ratssitzung am 28.02.2011 gestellt und auch beschlossen werden konnte.

Veggie Day – klimafreundlich essen

Die GRÜNEN stellten den Antrag, in städtischen Kantinen, Kitas und Schulmensen einmal in der Woche ausschließlich vegetarisches Essen anzubieten. Diesen „Veggie Day“ gibt es schon in Bremen. Er kann eine Anregung sein, zu Hause oder beim pri-

vaten Restaurantbesuch öfters einmal vegetarisch zu essen. Für die GRÜNEN sind mehrere Aspekte wichtig, die zur Antragstellung geführt haben, z.B. das Problem der Massentierhaltung oder Giftstoffe in Futtermitteln, aber vor allem der Klimaschutz, denn der hohe Fleischkonsum ist mitverantwortlich für den Klimawandel. CDU, SPD und FDP lehnten den Antrag ab.

Kostenerstattung für Verhütungsmittel

Die GRÜNEN stellten den Antrag, die Verwaltung möge überprüfen, wie Menschen mit geringen Finanzmitteln kostenlose Verhütungsmittel zur Verfügung gestellt werden können. Er wurde leider im Fachausschuss und im Rat von CDU, SPD und FDP abgelehnt. Nur der dritte Punkt des GRÜNEN Antrags wurde beschlossen, der die Stadt beauftragt, sich auf Bundes- und Landesebene für eine Lösung des Problems einzusetzen.

Damit ist leider eine Chance für die bedürftigen Frauen in Wuppertal vertan worden!

Wuppertaler Schauspielhaus erhalten

Die GRÜNEN stellten bereits zum Dezember letzten Jahres den Antrag, das Schauspielhaus in öffentlicher Trägerschaft zu erhalten. CDU, SPD und FDP lehnten dies im Rat am 28.02.2011 ab.

Damit legen sie alle Hoffnung für die Zukunft der Wuppertaler Schauspielsparte in die Hände der Landesregierung. Diese soll die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, die von der Wuppertaler Stadtspitze zuvor per Haushaltsbeschluss zusammengekürzt wurde. Die Landesregierung besitzt leider kein unendliches Füllhorn, um jeder Nothaushalts-Kommune wie Wuppertal das Schauspiel zu finanzieren, also wollte die GRÜNE Fraktion, dass die Wuppertaler Politik Fakten schafft und das Schauspielhaus sichert.

Weiterführung von Frei- und Hallenbädern in privater Trägerschaft

Die GRÜNEN haben große Zweifel, ob die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung für den Weiterbetrieb

von Bädern in privater Trägerschaft zukunftsfähig ist. Wir schätzen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sehr und setzen uns für den Erhalt der Bäder ein.

Die Vorlage der Verwaltung, die dem Rat am 28.02.2011 zur Abstimmung vorgelegt wurde, trägt jedoch nicht zur Klarheit in der Sache bei.

Zuverlässige Angaben der Stadt über die zukünftige Miete bzw. Pacht und andere Kosten für die Bäder stehen immer noch aus, kein Förderverein kann hohe Pachtbeträge etc. durch Eintrittsgelder und Mitgliedsbeiträge allein stemmen. Deshalb lehnte die GRÜNE Fraktion die lückenhafte Vorlage zur Weiterführung der Bäder in privater Trägerschaft ab.

grün^W
Keiner wie wir.

ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

■ WÄSCHETROCKNER SIND MEIST ÜBERFLÜSSIG



Foto: © Penelopia, Pixelio.de

Wäschetrockner sind mit die größten Stromfresser im Haushalt. Die jährlichen Energiekosten für einen 4-Personenhaushalt belaufen sich durchschnittlich auf 95 Euro im Jahr. Wenn

möglich, sollte am besten auf einen Wäschetrockner ganz verzichtet werden, denn Wäsche kann auch im Garten, auf dem Balkon oder auf dem Speicher trocknen.

Wenn trotzdem nicht auf einen Wäschetrockner verzichtet wird, sollte er immer nach Herstellerangabe befüllt werden. Vor Befüllung sollten sie die Wäsche in der Waschmaschine auf vollen Touren schleudern, um möglichst viel Wasser zu entziehen. Ein verschmutztes Flusensieb kostet unnötig Energie, deshalb sollte es nach jedem Trockenvorgang gereinigt werden.

Weitere Infos:
Verbraucherzentrale NRW,
Beratungsstelle Wuppertal,
Schloßbleiche 20,
Tel.: 0202/447732

BÜRGERSOLARANLAGEN ALS SCHRITT ZUR ENERGIEWENDE

Impulse auch für Wuppertal

In Hagen investiert die „Bürger Energie Genossenschaft eG“ in Photovoltaikanlagen, die auf öffentlichen Dächern installiert werden. Der gewonnene Strom wird gegen eine festgeschriebene Vergütung in das öffentliche Netz eingespeist. Die Beteiligung an den Anlagen beginnt bei 500 Euro, die Mitgliedschaft ist offen für alle Hagener. Die Stadt Hagen selbst will keine Anlagen finanzieren, stellt aber die öffentlichen Dächer zu Verfügung. Bei einer Anlage mit 30 kWp schätzt der Verein den Ertrag auf 22500 kW Strom. Das entspricht ca. dem Jahresverbrauch von 7 Familien.

Die erste Anlage wurde vor kurzem auf dem Dach der Hasper Gesamtschule errichtet. In der ersten Ausbaustufe montierten die Helfer auf den bereits sanierten Dachflächen der Schule 46 Module mit einer Kapazität von 10,7

kWp. Das Geld für diese Anlage wurde von BürgerInnen aus Hagen und der Region aufgebracht. Unter dem Motto „klimafreundlich - regional - rentabel“ sind eine Reihe weiterer Anlagen in Hagen und im Ennepe-Ruhr-Kreis geplant. Auch in Düsseldorf hat der Verein „Düssel-Solar e.V.“ bereits 5 Anlagen auf öffentlichen Dächern installiert. Im November 2010 wurde dem Verein der Umweltpreis der Stadt Düsseldorf verliehen.

Ein Modell auch für Wuppertal?

Na klar. Ein Solarkataster für Wuppertal ist bereits fertig und im Internet abrufbar. Eine Initiative hat sich bereits mehrfach getroffen. Wenn das Gebäudemangement die Flächen auf Schulen zur Verfügung stellt, beginnt das solare Zeitalter bald auch in Wuppertal. Den Kontakt zur Wuppertaler Initiative stellen wir gern für Sie her.

AUSGEZEICHNET



Foto: Privat

Bei der Sportmeisterehrung der Stadt Wuppertal wurde der GRÜNE Dezerent Harald Bayer (links im Bild) am 16.03.2011 für seine erfolgreiche Leistung bei der Deutschen Kurzbahnschwimmmeisterschaft der Masters 2010 ausgezeichnet. Er belegte den 1. Platz in der Disziplin 50 Meter Rückenschwimmen in 36,9 Sekunden.

BAUSTELLE AUF DEM WALL

■ ERST KOMMT EIN KANAL, DANN DIE BUSSE



Im Februar wurden auf dem Wall Bäume gefällt. Manche meinen, das seien die Vorbereitungen für den Umbau des Döppersbergs und die damit verbundene Umleitung der Busse in zwei Richtungen auf dem Wall.

Tatsächlich wird dort jetzt die Baustelle für einen Kanalbau eingerichtet. Zuerst müssen die WSW einen Kanal vom Mirker Bach zum Wuppertsammler bauen. Der Kanal verläuft in ca. 10 Meter Tiefe vom Wall zum Mittelstreifen der Bundesallee und unterquert die

Wupper. Der Kanal wird mit einer Tunnelbohrmaschine gebohrt.

Der Mirker Bach wird aufgeteilt in das Fließgewässer und einen Regensammelkanal. Das Regenwasser fließt nach dieser Maßnahme nicht mehr direkt in die Wupper, sondern es wird über den Wuppertsammler zur Kläranlage Buchenhofen geleitet. Die Umschaltung geschieht automatisch über einen Sensor im Kanal.

Die Busse werden währenddessen in Schlangenlinie um die Baustelle fahren. Die komplexe Busführung im Wall wird nur von April bis September bestehen. Dann können die gesperrten Flächen verkleinert werden.

Im Herbst 2012 soll der Kanalbau laut Planungen dann abgeschlossen sein. Nach dieser Maßnahme geht es dann richtig los mit der Umgestaltung des Walls, damit die Fahrgäste auch während der Umbaumaßnahmen für den Döppersberg die Busse gut erreichen können.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, dass bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.